

Stellungnahme zur Motion 282

Planungsbericht für eine nachhaltige urbane Politik

Gianluca Pardini namens der SP-Fraktion vom 2. August 2023

Antrag des Stadtrates: Entgegennahme als Postulat, StB 531 vom 3. Juli 2024

Wurde anlässlich der Ratssitzung vom 24. Oktober 2024 als Postulat überwiesen.

Ausgangslage

Der Motionär listet mehrere kantonale und städtische Vorhaben auf, bei denen Stadt und Kanton Luzern nicht einstimmig handelten oder unterschiedliche Ziele verfolgten. Er erwähnt dazu mehrere Projekte oder Aktivitäten in verschiedenen Politikbereichen, bei welchen der Kanton Luzern die Stadt Luzern daran gehindert habe, ihre Ziele erfolgreich zu verfolgen. Der Motionär befürchtet, dass der Kanton Luzern auch in weiteren Fällen städtische Vorhaben durch seine Entscheidungen behindern oder gar verunmöglichen wird. Er verlangt darum einen Planungsbericht, in dem aufgezeigt wird, wie die Zielvorgaben und Projekte der Stadt Luzern dennoch erreicht werden können.

Sowohl auf strategischer als auch auf operativer Ebene machen der Stadtrat und die Verwaltung die Erfahrung, dass die Stadt in vielfältiger Weise von Entscheidungen bzw. von der Zusammenarbeit mit dem Kanton abhängig ist. Vielfach führt diese Zusammenarbeit zu positiven Resultaten. Die gemeinsame Arbeit am neuen Luzerner Theater oder die Kooperation von Kanton, LuzernPlus und Stadt Luzern beim Gesamtverkehrskonzept GVK Innenstadt Luzern im Mobilitätsbereich sind zwei strategisch bedeutsame Beispiele. Gut ist die operative Zusammenarbeit beispielsweise im Volksschulbereich oder bei der Musikschule, wo die Musikschule der Stadt Luzern mehr als 150 Lehrpersonen der Kantonsschulen in ihre Lehrkörper aufgenommen hat.

Einzelne vom Motionär angeführte Beispiele haben auf städtischer Seite zu Unstimmigkeiten geführt. Der verhältnismässig späte Rückzug des Kantons aus der Projektentwicklung des «ewl Areal» oder der einseitige Abbruch des Strassenumbauprojekts «Pilatusplatz» waren unglücklich. Beim Projekt «Rotpol» auf dem «ewl Areal» führte dies zu einer zeitlichen Verzögerung und finanziellen Mehrkosten, beim Pilatusplatz zu einem faktischen Projektierungsstopp.

Anders verhält es sich bei der Anpassung der kantonalen Asylverordnung, mit der die Berechnung der Ersatzabgaben vereinfacht wurde. Dieser opponierte der Stadtrat nicht, obwohl der Stadt Luzern damit Einnahmen entgingen. Die Ersatzabgabe ist eine Lenkungsmassnahme des Kantons, um auf Gemeinden einzuwirken, die die geforderte Anzahl zugewiesener Unterkunftsplätze nicht zur Verfügung stellen. Aus Sicht des Stadtrates muss es oberste Priorität sein, genügend Unterkünfte anzubieten. Der finanzielle Aspekt des Bonus-Malus-Systems ist demgegenüber sekundär. Der damals vom Verband Luzerner Gemeinden (VLG) eingebrachte Vorschlag erschien dem Stadtrat ein zielführender Kompromiss zu sein, den er unterstützen konnte.

Erwägungen

Der Kanton und die Gemeinden haben aufgrund der föderalen Strukturen unterschiedliche Aufgaben, sodass es in der Natur der Sache liegt, dass die Interessen der Staatsebenen nicht identisch sind. Viele Diskrepanzen sind auf die in der Kantonsverfassung und der Gemeindeordnung festgeschriebenen unterschiedlichen Aufgaben und Kompetenzen zurückzuführen.

Es entspricht dem Wesen der Regierungsarbeit, unterschiedliche Interessen und Haltungen auszuhalten und tragfähige Lösungen zu erarbeiten. Die politischen Mehrheiten im Kantonsrat unterscheiden sich deutlich von jenen im Grossen Stadtrat. Dasselbe gilt für die politischen Meinungsverhältnisse in der Kantons- und der Stadtbevölkerung. Das zeigt sich regelmässig bei der Beurteilung von Strassenbauprojekten. Der Motionär führt die Spange Nord an, wo aus kantonaler Sicht die Verkehrsleistung der Strasse höhere Priorität genoss als die Lebensqualität im angrenzenden Stadtraum.

Die Notwendigkeit einer vertrauensvollen Zusammenarbeit über die Staatsebenen hinweg ist auch dem Regierungsrat bewusst, weshalb er im Februar 2024 erstmals mit nahezu 200 Vertretenden der Gemeindeexekutiven eine grosse Dialogveranstaltung durchführte. Die grössten Herausforderungen in der kantonal-kommunalen Zusammenarbeit erkannten die Teilnehmenden in den signifikanten strukturellen Unterschieden zwischen den einzelnen Gemeinden sowie im teils klein bemessenen Gestaltungsspielraum der Gemeinden. Im Austausch mit dem Regierungsrat und mit der kantonalen Verwaltung führten zahlreiche Exekutivmitglieder ungenügende gegenseitige Verbindlichkeit und mangelndes Vertrauen als Gründe für eine suboptimale Zusammenarbeit an. Die grössten Wünsche der Gemeinden lauteten folgerichtig: Die Zusammenarbeit mit dem Kanton solle vertrauensvoll, partnerschaftlich und auf Augenhöhe sein. Diesen Wünschen schliesst sich der Stadtrat vorbehaltlos an. Gerade bei inhaltlichen Differenzen ist es wichtig, in der Zusammenarbeit partnerschaftliche Prinzipien hochzuhalten.

Ein eigener Planungsbericht, der aktuelle Fälle aufzeigt, bei denen es in der Zusammenarbeit mit dem Kanton zu Verzögerungen bei der Umsetzung oder gar zur Verhinderung von städtischen Projekten kommt, und der mögliche künftige Herausforderungen benennt, erscheint dem Stadtrat nicht zielführend. Es ist der künftigen Zusammenarbeit abträglich, wenn bereits im Voraus – und zum Teil spekulativ – eine Liste möglicher Herausforderungen erstellt, publiziert und öffentlich diskutiert wird. Viel zielführender erscheint es dem Stadtrat, die aktuell bestehenden Gefässe weiterzupflegen und bei Bedarf punktuelle Anpassungen zu prüfen.

Zurzeit erarbeitet der Stadtrat das Legislaturprogramm 2026–2029, welches auf der ebenfalls zu überarbeitenden Gemeindestrategie 2026–2033 basieren wird. Die im bisherigen Legislaturprogramm 2022 bis 2025 unter dem Legislatorschwerpunkt L1 «Zentrumsstadt im Dialog» und im Ziel Z1.1 «Aussenbeziehungen» definierten Zielsetzungen sind nach wie vor aktuell und werden inhaltlich in geeigneter Form fortgeschrieben werden. Die Mitgliedschaft und die intensive Arbeit im VLG haben die Zusammenarbeit mit den übrigen Gemeinden im Kanton sicherlich gestärkt. Der bestehende Dialog mit den kantonalen Behörden und der kantonalen Verwaltung hingegen soll weiterhin gefördert werden. Der Stadtrat will diesbezüglich zusätzliche Möglichkeiten zum konstruktiven Austausch ausloten.

Bei der Weiterentwicklung und Neuformulierung mittel- und langfristiger Zielsetzungen für die neue Gemeindestrategie und das neue Legislaturprogramm möchte der Stadtrat die Netzwerk- und Beziehungspflege als wichtige Querschnittsthemen und Handlungsprinzipien aufnehmen, welche konsequent und gezielt auf die sachpolitischen Herausforderungen und Zielsetzungen anzuwenden sind. Ein separater Planungsbericht, der die Interessenvertretung und Zusammenarbeit gesondert unter dem Aspekt möglicher Konflikte mit den kantonalen Behörden oder der kantonalen Verwaltung aufzeigt, erscheint dem Stadtrat nicht zielführend. Hingegen will der Stadtrat weitere geeignete Gefässe zum konstruktiven und vorausschauenden Dialog mit der kantonalen Exekutive und Verwaltung prüfen.

Der Stadtrat beantragt aufgrund der vorgenannten Ausführungen, die Motion als Postulat entgegenzunehmen.

Bei der Überweisung der Motion als Postulat ist mit keinen nennenswerten Folgekosten zu rechnen, da der Stadtrat beabsichtigt, die relevanten Fragestellungen der Motion integral und handlungsanweisend in die neue Gemeindestrategie und das neue Legislaturprogramm aufzunehmen. Es sind keine über diesen Erarbeitungsprozess hinausgehende Ressourcen zu berücksichtigen.

Bei einer Überweisung als Motion wären für die Erarbeitung des Berichtes externe Beratungsleistungen einzukaufen, was zu Folgekosten von ungefähr Fr. 30'000.– führen würde. Für die Erarbeitung des auf der Motion basierenden Berichtes müssten andere laufende Arbeiten zurückgestellt werden.

Fazit

Die föderalen Strukturen führen dazu, dass die Stadt Luzern – wie andere Gemeinden auch – in verschiedenen Fällen auf die Unterstützung des Kantons angewiesen ist oder zumindest darauf zählt, von kantonalen Instanzen nicht behindert zu werden. Der Stadtrat geht mit dem Motionär einig, dass dies nicht immer der Fall ist, was die Umsetzung städtischer Strategien, Programme, Projekte und Massnahmen erschweren, verzögern oder gar verunmöglichen kann. Der Stadtrat will jedoch keine separate Planung einführen, die sich auf diese Hindernisse fokussiert. Vielmehr soll der konstruktive und vorausschauende Dialog als Querschnittsthema und Handlungsprinzip mit den Führungsinstrumenten des Stadtrates etabliert werden, um die Kooperation mit den kantonalen Stellen und weiteren Partnern situativ zu verbessern.

Der Stadtrat beantragt deshalb, die Motion als Postulat entgegennehmen.